

Die „Weißeritz-Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und wird an den vorhergehenden Abenden ausgegeben. Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pfg., zweimonatlich 84 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie unsere Auswärtigen nehmen Bestellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Inserate werden mit 15 Pfg., solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 12 Pfg. die Spaltzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigespaltene Zeile 35 bez. 30 Pfg. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingefandt, im redaktionellen Teile, die Spaltzeile 30 Pfg.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrierten Unterhaltungsblatt“. Mit land- und hauswirtschaftlicher Monats-Beilage.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Iehne. — Druck und Verlag von Carl Iehne in Dippoldiswalde.

Nr. 114.

Sonnabend, den 28. September 1907.

73. Jahrgang.

In Dittersdorf ist Geflügelcholera ausgebrochen. 1720 b C. Königl. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 25. September 1907.

Gesperert wird vom 28. d. Mts. ab bis auf weiteres der Kommunikationsweg Hähnchen-Possental. Der Verkehr wird währenddessen über Possendorf gewiesen. 1169 A. Königl. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 26. September 1907.

Einquartierung.

Dieserjenigen Quartiergeber, die anlässlich der diesjährigen Einquartierung — namentlich bei der am 9., 13. und 19. d. Mts. erfolgten engen Belegung — Offiziere, Mannschaften oder Pferde bei sich aufgenommen und mit dem Ratsstempel versehene Quartierzettel nicht erhalten haben, werden hiermit veranlaßt, sich nunmehr sofort und bis spätestens den 2. Oktober ds. Js. im Quartieramt — 3. Nr. 9 — zu melden. Nachträglich eingehende Ansprüche müssen unter allen Umständen zurückgewiesen werden.

Dippoldiswalde, am 25. September 1907.

Der Stadtrat.

Erhebung von Beiträgen für die Handels- und Gewerbekammer betr.

Zur Deckung des Aufwandes der Handels- und Gewerbekammer zu Dresden ist mit Genehmigung des königlichen Finanzministeriums gleichzeitig mit dem am 30. d. M. fällig werdenden Einkommensteuertermin ein Beitrag

- von 2 Pfennigen für die Handelskammer und
- von 3 Pfennigen für die Gewerbekammer

auf jede Mark desjenigen Steuerjahres, welcher nach der im Einkommensteuergesetz enthaltenen Skala auf das in Spalte d des Katasters eingetragene Einkommen entfällt, von den beteiligten Handel- bez. Gewerbetreibenden an die Stadtsteuererhebung hier bis 21. Oktober ds. Js. zu entrichten.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 26. September 1907.

Das Befinden des Großherzogs von Baden.

Der laut „Köln. Ztg.“ nur noch auf künstlichem Wege ernährt werden kann, ist unverändert ernst. Die Kräfte „scheiden“ sich nach dem neuesten ärztlichen Bulletin zu heben, in Wirklichkeit nehmen sie ständig ab, die Herzaktivität erlahmt, das Bewußtsein ist benommen. Es ist ein langames und schmerzloses Einschlafen. In die Pflege des Kranken teilt sich die Frau Großherzogin mit ihrer Tochter, der Kronprinzessin von Schweden. Auch die Gemahlin des Prinzen Max, eine geborene Prinzessin Cumberland, ist aus Gmunden an das Krankenlager ihres fürstlichen Oheims geeilt. Schloß und Park in Mainau sind abgeperrt, damit kein Laut die Ruhe des Scheidenden stören könnte. In der Kapelle findet jeden Abend ein Wittgottdienst statt, an dem die nächsten Angehörigen des Großherzogs Friedrich teilnehmen. Da ihnen allen das kleine Schloß nicht Unterkunft gewähren kann, so haben die Herrschaften des Hofstaates in dem nahen Konstanz Wohnung genommen. Der preussische Gesandte am badischen Hofe weilt nach wie vor in Mainau, um dem Kaiser stündlich Bericht zu erstatten.

Früher als irgend ein anderer deutscher Fürst war Friedrich von Baden von der Notwendigkeit des deutschen Einheitsstaates durchdrungen und für ihre Verwirklichung tätig. Schon im Schluppassus der Thronrede von 1860 trat seine alldeutsche Gesinnung unzweifelhaft klar zutage, und mit der Berufung des — jüngst ebenfalls verstorbenen — Freiherrn v. Roggenbach, eines überzeugten Anhängers des „engeren“ Reichsgedankens, zum Ministerpräsidenten lenkte die Politik Badens ihre Wege mit Bestimmtheit nach dem großen Ziele von 1871 hin. Als im August 1863 Österreich zu einem deutschen Fürstentag nach Frankfurt a. M. einlud, folgte der Großherzog diesem Rufe — während Preußen die Teilnahme abgelehnt hatte —, weil er es für seine Pflicht hielt, sich etwaigen verhängnisvollen Entschlüssen an Ort und Stelle zu widersetzen. Mit Entschiedenheit legte er denn auch alsbald dagegen Verwahrung ein, daß die von Österreich vorgelegten Beschlüsse ohne Mitwirkung Preußens und ohne Kenntnis der Volksvertretungen gefaßt würden, und als der Kaiser von Österreich gleichwohl die Abstimmung verlangte, stimmte der Großherzog ohne Bedenken dagegen. Offen verlangte er schon damals eine Nationalvertretung, die aus direkten Volkswahlen hervorgehen sollte, und die unvergessenen Worte, die er bei jener Gelegenheit zu Protokoll gab, sind zu bezeichnend für seine bundesfürstliche Gesinnung, um nicht gerade heute wenigstens teilweise wiedergegeben zu werden.

„Wie bereit ich auch wäre“, hieß es in dieser denkwürdigen Kundgebung, „jederzeit meinen Rechten und meiner Stellung Opfer zu bringen, wo dieselben dem Zu-

standkommen des großen nationalen Wertes, der Einigung Deutschlands, gebracht sind, ja wie bereit ich wäre, denselben auch das schwere Opfer der Ideen zu bringen, wonach sich nach meiner festen Überzeugung die künftige Verfassung Deutschlands zum Wohle deutschen Volkes und Landes gestalten muß, wenn unter allen meinen hohen Verbündeten, wenn von der Gesamtheit der deutschen Souveräne ein Einverständnis über eine davon verschiedene neue Verfassungsform des deutschen Bundes hergestellt wäre — so halte ich mich so lange zu dieser Umgebung weder für berechtigt noch für verpflichtet, als nicht feststeht, daß dadurch das Zustandekommen einer solchen neuen, den gerechten Ansprüchen des badischen Landes und des deutschen Volkes entsprechende Bundesreform auch wirklich zum Abschluß gebracht werde.“

Durch diese entschlossene und unbeugame Haltung auf dem Frankfurter Fürstentage den verhängnisvollen österreichischen Plan einer Bundesverfassungsreform in seiner Wirkung vereitelt und die Rechte des ganzen deutschen Volkes als Sachwalter vertreten zu haben, war eines der schwerwiegendsten Verdienste des Großherzogs um die reichsdeutsche Sache, die zu seiner großen Beliebtheit und Popularität auch außerhalb des eigenen Landes den Grund gelegt haben. In Baden selbst ward ihm damals der allgemein empfundene Dank durch eine Adresse der sieben größten Städte des Großherzogtums dargebracht. Einen ähnlichen Sieg hatte die badische Politik schon im Jahre zuvor zu verzeichnen gehabt, als Preußen einen auf freihändlerischen Grundsätzen basierenden Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen wollte und süddeutsche Staaten dagegen mit dem Verlangen protestierten, daß Österreich in den Zollverein mit aufgenommen werde; auch in diesem Falle blieb der Standpunkt Badens zugunsten Preußens schließlich siegreich. Und ebenso war die Regierung des Großherzogs Friedrich die erste unter den deutschen Mittelstaaten gewesen, die, Preußens Beispiel folgend, das neue Königreich Italien anerkannte.

Nicht die gleiche dauernde Fühlung mit Preußen ließ sich während der nächsten Jahre in den innerpolitischen Fragen aufrecht erhalten. Schon während des preussischen Verfassungskonfliktes hatte die Zweite badische Kammer auf Häusers Antrag ein Votum zugunsten des Abgeordnetenhauses gegen den Ministerpräsidenten v. Bismarck angenommen und damit eine gewisse Entfremdung zwischen den beiden Staaten herbeigeführt. Verschärft wurde diese Differenz mit dem Auftauchen der schleswig-holsteinischen Frage. In dieser stand ganz Baden — auch der Großherzog als Anhänger des Legitimitätsprinzips — rückhaltlos auf Seiten des Augustenburger, der auch dem badischen Gesandten Robert v. Mohl die holsteinische Stimme beim Bundesstag übertrug hatte. Man verstand deshalb die Haltung Preußens gegenüber den für unstreitbar ange-

Fleischschau betr.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 17. November vor. Js., die Anmeldung sämtlicher Schlachttiere in der Polizeiwache zum Zwecke der Durchführung der Fleischschau betr., wird hierdurch weiter angeordnet, daß vom 1. Oktober ds. Js. ab bei der Anmeldung der Schlachttiere gleichzeitig auch die geordneten Gebühren bei der Polizeiwache zu hinterlegen sind.

Dippoldiswalde, am 23. September 1907.

Der Stadtrat.

Gesperert

ist am 30. September und 1. Oktober ds. Js. die Bezirksstraße nach Reinholdshain wegen vorzunehmender Waldarbeiten. Der Fahrverkehr wird während dieser Zeit über Elend bez. Oberhäslisch verwiesen.

Dippoldiswalde, am 26. September 1907.

Der Stadtrat.

Gesperert wird innerhalb des Bärenfelder Revieres:

1. der Zimmerweg von der Saubachstraße ab bis zu Wahl's Mühle vom 2. bis 5. Oktober d. J.,
2. der Ammeldorfer Weg von der Saubachstraße ab bis Ammeldorf vom 7. bis 12. Oktober d. J.

Der Verkehr wird währenddessen

- zu 1. über Niederpöbel auf den P-Weg, bezw. auf die Saubachstraße,
- zu 2. über Hengersdorf, bezw. über Schönfeld gewiesen.

Königliche Forstrevierverwaltung Bärenfelds, am 26. September 1907.

Gesperert wird vom 1. Oktober bis auf weiteres der Filzweg im Rehefeld Forstrevier wegen Umbaues.

Der Fahrverkehr wird für diese Zeit auf den Bierweg verwiesen.

Königliche Forstrevierverwaltung Rehefeld.

Druckfaden jedweder Art fertigt in lauberer Ausführung Buchdruckerei Carl Iehne.

sehen Rechten des Herzogs durchaus nicht, und wie tief die Erregung schon vor dem schleswig-holsteinischen Feldzug gegangen sein muß, erweist der Umstand, daß sich die badische Regierung im Dezember 1863 einen Mobilisierungskredit von 2 300 000 Gulden einräumen ließ, den auch beide Kammern einstimmig bewilligten. Die Folge dieser Vorgänge war ein bedeutender Ministerwechsel: Roggenbach trat zurück, da er seiner ganzen Überzeugung nach kein Gegner Preußens sein konnte, und räumte dem Freiherrn v. Edelsheim, einem scharfen Gegner Bismarcks, den Platz.

Dem Großherzog Friedrich, dem Schwiegerjohn und Freunde König Wilhelms, dem unermüdbaren Vorkämpfer und Anhänger des Reichsgedankens, kam es bitter genug an, nun offen in Gegnerschaft zu Preußen treten zu müssen, von dessen historischer Mission als deutsche Vormacht er unerrückbar überzeugt war. Aber als streng konstitutioneller Fürst und erster Diener seines Volkes hätte er es niemals über sich vermocht, sich mit seinen persönlichen Impulsen in einen Gegensatz zu der Volksvertretung und dem unzweifelhaften Willen des Landes zu setzen. Überdies hatte Preußen selbst vorher auf eine Anfrage erklärt, im Kriegsfalle den militärischen Schutz Badens nicht garantieren zu können. Noch tat er das Mögliche, einen deutschen Bruderkrieg zu verhindern, und reiste noch am 1. Juni persönlich zu einer Unterredung mit dem König Johann von Sachsen nach Pillnitz — aber es war zu spät, den Lauf der Dinge aufzuhalten. Dafür hatte er die Genugtuung, die öffentliche Meinung und die Volksvertretung seines Landes schon sehr bald zu seiner Auffassung bekehrt zu sehen. Baden war, wie man weiß, der erste der kleineren Bundesstaaten, der in der Erkenntnis, daß eine Stärkung des österreichischen Einflusses zu Ungunsten Preußens unmöglich im Interesse des deutschen Einheitsgedankens liegen könne, seine Truppen aus dem Felde zurückzog und aus dem deutschen Bunde ausschied. Das preußenfreundliche Ministerium Mathy-Jolly löste das großdeutsche Kabinett Edelsheim ab, und dem zum Kriegsminister ernannten preussischen General Beyer wurde die Aufgabe übertragen, das badische Heerwesen nach preussischem Muster zu reorganisieren. Es war hauptsächlich dieser vorzüglichen Neuausbildung zu danken, daß im Sommer 1870 die Mobilisierung der badischen Division, auf deren schnelle Bereitschaft an der Westgrenze damals so viel ankam, in der für jene Zeit kurzen Frist vom 16. bis 23. Juli bewerkstelligt werden konnte.

Der unvermeidlich gewordene Feldzug gegen Frankreich, sein Verlauf und sein glorreicher Ausgang gaben dem Großherzog erst in vollem Umfange Gelegenheit, seine selbstlosen Bemühungen um die Herstellung der deutschen Einheit in Opfer und Taten umzusetzen. Von Mitte August an befand er sich auf dem Kriegsschauplatz, am 30. September